

## Knappe Ressourcen

**Rohstoffversorgung.** Von Batterien über Medizintechnik bis hin zu Windrädern – metallische und mineralische Rohstoffe sind in vielen Produkten unverzichtbar. Zugleich ist die Versorgung mit den knappen Materialien mit vielen Risiken behaftet. Die Bundesregierung plant deshalb eine neue Rohstoffstrategie. Näheres dazu erläutert Elisabeth Winkelmeier-Becker, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, im iwd-Interview.

—> [Seiten 2-5](#)

### **IW-Konjunkturumfrage und -prognose**

Während die Industrie mit Problemen kämpft, bleiben andere Branchen auf Wachstumskurs. Insgesamt kann die deutsche Wirtschaftsleistung 2020 leicht zulegen.

—> [Seiten 6-7](#)

### **Ehegattensplitting**

Die Besteuerung von Ehepaaren steht im Ruf, Frauen von der Berufstätigkeit abzuhalten. Doch die Suche nach einem alternativen Steuermodell ist kompliziert.

—> [Seiten 12-13](#)

# Sichern, sparen, ersetzen



**Rohstoffversorgung.** Viele Industrieprodukte sind ohne den Einsatz metallischer und mineralischer Rohstoffe nicht denkbar. Deren Vorkommen lassen sich häufig aber nur mit viel Aufwand erschließen und lagern in risikobehafteten Ländern. Umso wichtiger ist für Deutschland eine zukunftsorientierte Versorgungsstrategie, an der sowohl die Unternehmen als auch der Staat mitwirken.

Das war ein herber Rückschlag: Vor wenigen Wochen stoppte die Regierung Boliviens ein geplantes deutsch-bolivianisches Joint Venture, mit dem ab 2022 etwa 30.000 bis 40.000 Tonnen Lithiumhydroxid aus dem Salzsee von Uyuni in Bolivien gewonnen werden sollten.

Das Beispiel zeigt, wie schwierig es sein kann, die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit wichtigen Rohstoffen zu sichern – immerhin ist Lithium ein essenzieller Bestandteil von Batterien für Elektroautos.

Der Fall verweist zudem auf einen wesentlichen Risikofaktor bei der Rohstoffversorgung: die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Förderländern.

So können Korruption, fehlende Rechtssicherheit, eine mangelhafte Transportinfrastruktur oder militärische Konflikte die Verfügbarkeit von Rohstoffen für deutsche Unternehmen beeinträchtigen. Zudem hinterfragen die Verbraucher hierzulande zunehmend die sozialen und ökologischen Bedingungen beim Abbau von Rohstoffen, was die weiterverarbeitenden Unternehmen gegebenenfalls dazu zwingt, ihr Lieferantennetzwerk anzupassen.

Darüber hinaus müssen die rohstoffverarbeitenden Unternehmen häufig mit starken Preisschwankungen zurechtkommen. Diese ergeben sich unter anderem daraus, dass sich

die Rohstoffförderung nur langsam an eine steigende Nachfrage anpassen kann. Denn zusätzliche Vorkommen zu erschließen, ist meist technologisch aufwendig und kostspielig.

Nicht zuletzt beschränken sich die relevanten Vorkommen oft auf wenige Länder, und die Produktion oder Weiterverarbeitung der Rohstoffe wird von einer geringen Zahl von Unternehmen kontrolliert.

All dies wirkt sich umso stärker auf die Versorgung hierzulande aus, je weniger alternative Rohstoffe es für bestimmte Produkte oder Technologien gibt.

Die genannten Einflussgrößen fasst der Rohstoff-Risiko-Index der IW Consult zusammen. Er belegt,

dass es für viele in der Industrie derzeit unverzichtbare Rohstoffe hohe Versorgungsrisiken gibt.

Ganz oben im Ranking steht ein Metall, das für die Verkehrswende in Deutschland eine entscheidende Bedeutung hat (Grafik Seite 3):

**Kobalt, das vor allem in Batterien für E-Autos zum Einsatz kommt, erhält im Rohstoff-Risiko-Index auf einer Skala von 0 bis 25 den hohen Risikowert 20,8 – und wird in fast allen Kategorien des Index kritisch bewertet.**

Vorkommen und Förderung konzentrieren sich in Ländern wie der Demokratischen Republik Kongo, Russland und Kuba – allesamt als risikoreich eingestufte Staaten.

## E-Mobilität braucht Rohstoffe

Globaler Bedarf an Kobalt und Lithium in diesen Einsatzgebieten in Tonnen

		Kobalt	Lithium
2016	Batterien für Elektromobilität	11.400	3.800
	Alle Batterietypen	47.600	12.200
	Insgesamt	103.500	33.000
2026 (konservatives Szenario)	Batterien für Elektromobilität	50.100	77.000
	Alle Batterietypen	103.300	94.500
	Insgesamt	187.500	121.300
2026 (dynamisches Szenario)	Batterien für Elektromobilität	84.800	130.700
	Alle Batterietypen	140.400	148.100
	Insgesamt	225.400	174.900

Quellen: Deutsche Rohstoffagentur, IW Consult  
© 2019 IW Medien / iwd

## Rohstoff-Risiko-Index: Wo Engpässe drohen

Der Rohstoff-Risiko-Index der IW Consult misst die Risiken der Rohstoffversorgung für die deutsche Wirtschaft anhand von acht Indikatoren. Diese erfassen für jeden der 45 untersuchten Rohstoffe unter anderem die aktuelle Reichweite der Vorkommen, die politischen und ökonomischen Risiken in den Förderländern, Preisentwicklungen und -schwankungen sowie die Bedeutung des Rohstoffs für Zukunftstechnologien.

Indexwert für die zehn am kritischsten bewerteten Rohstoffe auf einer Skala von 0 (geringstes Risiko) bis 25 (höchstes Risiko)

		Verwendungsbeispiele
Kobalt	20,8	Batterien, Katalysatoren
Tantal	20,3	Medizintechnik
Gallium	19,1	Photovoltaik, Elektronik
Wolfram	19,1	Leuchtmittelindustrie, Metallurgie
Niob	18,4	Stahlindustrie, Elektronik
Rhodium	18,1	Auto-, Chemie- und Schmuckindustrie
Yttrium	18,0	Reaktortechnik, Röhrentechnik
Indium	17,9	Optik, Elektronik
Mangan	17,9	Eisen- und Stahlindustrie, Batterien
Fluorit	17,8	Stahlindustrie, Gießereien

Stand: 2019; der Index wurde auf der Basis zahlreicher externer Informations- und Datenquellen erstellt

Quelle: IW Consult  
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Bei der Kobaltgewinnung und -weiterverarbeitung dominieren chinesische Unternehmen den Weltmarkt. Die Käufer des Rohstoffs mussten in den vergangenen Jahren außerdem immer wieder starke Preisausschläge verkraften.

Die aktuell bekannte Menge der Kobalt-Vorkommen wird zwar als weniger problematisch eingestuft – doch das dürfte sich schon bald ändern. Denn der Trend zur Elektromobilität wird den Bedarf an Kobalt in den kommenden Jahren stark in die Höhe treiben (Grafik Seite 2):

**Im Jahr 2016 wurden für Batterien, die in E-Fahrzeugen eingesetzt wurden, weltweit 11.400 Tonnen Kobalt benötigt – 2026 könnten es fast 85.000 Tonnen sein.**

Noch stärker wird zum gleichen Zweck wohl die globale Nachfrage nach Lithium wachsen. Im Rohstoff-Risiko-Index steht Lithium zwar nur

auf Rang 16, gilt aber mit einem Indexwert von 16,5 ebenfalls als stark risikobehaftet – der Fall des deutsch-bolivianischen Joint Ventures zeigt, dass dieses Risiko durchaus real ist.

Die weiteren Platzierungen im Index weisen auf die vielen Industriebranchen hin, die beim Thema Rohstoffe mit Versorgungsrisiken konfrontiert sind. Tantal auf Rang zwei zum Beispiel wird benötigt für die Herstellung von Instrumenten und Implantaten in der Medizintechnik, für den Bau von Apparaten in der Chemieindustrie sowie für Kondensatoren. Gallium kommt überwiegend in der Optik und Elektronik zum Einsatz; Wolfram findet Anwendung in der Leuchtmittelindustrie sowie in Stählen und Legierungen, die für Turbinen, Brennstoffzellen oder Hochtemperaturöfen gebraucht werden.

Vor diesem Hintergrund ist es für die Unternehmen in Deutschland

entscheidend, Rohstoffrisiken soweit wie möglich zu minimieren. Große Betriebe können zu diesem Zweck versuchen, die Rohstoffgewinnung in die eigenen Produktionsstrukturen zu integrieren.

Für andere Firmen geht es eher darum, die Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen zu reduzieren – indem sie die Materialeffizienz steigern, verstärkt recyceln oder im Zuge neuer Produktionsverfahren die bisherigen Rohstoffe durch andere Materialien substituieren.

Preis- und Versorgungsrisiken lassen sich zudem durch eine Diversifikation der Lieferanten, Vorratshaltung sowie langfristige Lieferverträge verringern.

Der deutsche Staat und die EU können die Wirtschaft unterstützen, indem sie sich für einen freien Welthandel und den gesicherten Zugang der Unternehmen zu den Rohstoffmärkten einsetzen. Insbesondere ist es sinnvoll, mit den Regierungen der Förderländer zu kooperieren, um dort internationale Minen- und Bergbaustandards sowie Umwelt- und Sozialnormen umzusetzen. Eine Maßnahme in diesem Kontext sind die Rohstoffpartnerschaften, die Deutschland derzeit mit Kasachstan, der Mongolei und Peru unterhält.

Zu den weiteren Aufgaben des Staates gehört es, die Grundlagenforschung zu fördern – unter anderem mit dem Ziel, die Rohstoffabhängigkeit der deutschen Unternehmen durch den Einsatz neuer Technologien zu verringern.

### Gutachten

Cornelius Bähr, Agnes Ricci: Rohstoff-situation der bayerischen Wirtschaft, Gutachten der IW Consult im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. – vbw

[iwkoeln.de/rohstoffsituation](http://iwkoeln.de/rohstoffsituation)



**Interview.** *Noch in diesem Jahr will die Bundesregierung eine neue Rohstoffstrategie vorlegen, die die Versorgung der deutschen Industrie mit Rohstoffen verbessern soll. Was die neue Strategie von der alten aus dem Jahr 2010 unterscheidet, erläutert **Elisabeth Winkelmeier-Becker**, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie.*



Foto: René Schwerdtel

## „Wir wollen, dass Rohstoffe zu wettbewerbsfähigen Preisen sicher bezogen werden können“

### **Warum braucht Deutschland eine neue Rohstoffstrategie?**

Wir brauchen Rohstoffe für Zukunfts- und Schlüsseltechnologien. Für die Elektromobilität sind beispielsweise Kobalt und Lithium nötig, in Windkraftanlagen werden seltene Erden verbaut. Je weiter diese Technologien ausgebaut werden, desto stärker wächst unser Rohstoffbedarf. Mit der Rohstoffstrategie möchten wir sicherstellen, dass wir solche Rohstoffe zu wettbewerbsfähigen Preisen sicher beziehen können. Gleichzeitig achten wir bei der Fortschreibung der Rohstoffstrategie auf Umwelt- und soziale Aspekte der Rohstoffgewinnung.

**Minister Peter Altmaier hat im Mai 2019 angekündigt, in diesem Jahr in interessante Rohstoffländer zu**

### **fahren, um bessere Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten. Welche Länder hat er besucht? Und wie schlägt sich das in der neuen Rohstoffstrategie nieder?**

Direkte Kontakte in die Rohstoffländer sind natürlich wichtig. Wir halten mit vielen rohstoffreichen Ländern Kontakt. Mit einigen haben wir Vereinbarungen über die Zusammenarbeit im Rohstoffbereich geschlossen. Es bestehen Rohstoffabkommen mit der Mongolei, Kasachstan und Peru. Hinzu kommen Rohstoffkooperationen mit Australien, Chile und Kanada. Diese Rohstoffpartnerschaften dienen der Bundesregierung und der deutschen Industrie als Optionen zur Sicherung der Rohstoffversorgung und verfolgen zudem das Ziel, über Dialogplattform-

men wie etwa Regierungsarbeitsgruppensitzungen oder Rohstoff-Foren einen Austausch über das gesamte Themenspektrum aus dem Bergbau- und Rohstoffbereich zu ermöglichen.

Parallel wurden mithilfe des Bundeswirtschaftsministeriums an sechs Auslandshandelskammern – in Australien, Brasilien, Chile, Kanada, Peru und Südafrika – Kompetenzzentren für Bergbau und Rohstoffe eingerichtet. Diese Kompetenzzentren unterstützen deutsche Unternehmen im ausländischen Markt unter anderem auch in Fragen der Rohstoffsicherung.

Bundesminister Altmaier beabsichtigt, in naher Zukunft im Rahmen einer Lateinamerikareise auch rohstoffpolitisch wichtige Länder zu besuchen.

**Die im Jahr 2011 geschlossene Rohstoffpartnerschaft zwischen Deutschland und der Mongolei hat kein einziges Vorhaben verwirklicht. Sind Rohstoffpartnerschaften ein tragfähiges Modell für die Rohstoffsicherung?**

Der Erfolg einer solchen Partnerschaft bemisst sich nicht nur an der Höhe der Investitionen deutscher Unternehmen im mongolischen Rohstoffsektor. Ein großer Erfolg der deutsch-mongolischen Rohstoffpartnerschaft ist beispielsweise die 2013 eröffnete Deutsch-Mongolische Hochschule für Rohstoffe und Technologie. Im Sommer 2018 haben dort die ersten Absolventen ihr Bachelorstudium beendet. Zudem hat sich die im Rahmen der Partnerschaft gegründete Regierungsarbeitsgruppe als wichtiges Gremium erwiesen, um deutsch-mongolische Wirtschaftsprojekte auch außerhalb des Rohstoffsektors voranzubringen. Die Zurückhaltung deutscher Unternehmen bei Investitionen im Bergbau- und Rohstoffbereich ist zudem kein spezifisch deutsch-mongolisches Phänomen. Deutsche Unternehmen investieren generell selten im ausländischen Bergbau.

**Die neue Strategie setzt unter anderem auf verstärkten Rohstoffabbau in der Bundesrepublik. Statistisch wird in Deutschland aber von 100 Bergbauinitiativen nur eine Mine realisiert, außerdem kommen viele Rohstoffe hierzulande gar nicht vor. Für welche Rohstoffe ist das Schürfen in Deutschland wirtschaftlich überhaupt sinnvoll?**

Die Wirtschaftlichkeit eines Projekts hängt von vielen Bedingungen ab, angefangen mit der Qualität der Lagerstätten. Dies können und müssen aber die Unternehmen vor Ort beurteilen. Richtig ist, dass – abhängig vom Rohstoff – nur ein kleiner Teil von Erkundungen tatsächlich zur Erschließung von Lagerstätten führen. Wenn man sich die Zahlen zum heimischen Bergbau ansieht, so werden die meisten in Deutschland benötig-

ten Baurohstoffe wie Sand, Kies und Natursteine auch hierzulande gewonnen. Außerdem wird eine erhebliche Menge an Kali- und Kalisalzprodukten in Deutschland abgebaut und aufbereitet. Aufgrund der geologischen Gegebenheiten ist Deutschland in der Tat bei vielen Metallen auf Importe angewiesen. Ob neue technologische Lösungen, beispielsweise bei der Gewinnung von Lithium, neue Möglichkeiten der Gewinnung von Metallen auch in Deutschland eröffnen, wird sich in den nächsten Jahren zeigen. Einige Projekte in früher Phase gibt es dazu bereits.

**Sie wollen auch das Rohstoffrecycling forcieren – wie und mit welchen Mitteln?**

Ein entscheidender Hebel, um den Anteil der Rohstoffversorgung durch Sekundärrohstoffe zu steigern, ist ein ambitioniertes Abfallrecht. Hierbei sind für das Bundeswirtschaftsministerium technische Machbarkeit und wirtschaftliche Zumutbarkeit wichtige Leitplanken. Denn wir betreiben kein Recycling um des Recyclings willen. Bereits jetzt haben wir in Deutschland hohe Recyclingquoten, die durch EU-Recht und nationales Recht ambitioniert erhöht wurden. Wichtig ist dabei, dass die gewonnenen Rezyklate hochwertig sind. Nur so haben sie auch eine Chance auf dem Markt. Hierfür ist eine leistungsfähige und hochinnovative Entsorgungswirtschaft, über die wir in Deutschland verfügen, unabdingbar.

**Recycelte Rohstoffe sind oft teurer als neu gewonnene Rohstoffe. Wie wollen Sie dieses Dilemma lösen?**

Diese Aussage gilt nicht für alle Stoffströme. Bei Kunststoffrezyklaten mag sie zutreffen, doch diese sind nicht Teil der Rohstoffstrategie. In vielen Bereichen, etwa bei Aluminium, wird bereits jetzt recyceltes Material marktgetrieben eingesetzt.

**Welche Rolle spielen Ressourceneffizienz und -vermeidung in der neuen Strategie?**

Ressourceneffizienz und -vermeidung sind zwei wichtige übergreifende Ziele, die auch in der Rohstoffstrategie adressiert werden. Dabei greift die Strategie auf das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm ProgRess zurück. Ziel ist, das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken und damit Arbeitsplätze zu sichern. Dazu formuliert ProgRess unterschiedliche Maßnahmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette, also von der Rohstoffgewinnung über Produktgestaltung, Produktion und Konsum bis hin zur Wiederverwertung. Dabei setzen wir auf Anreize und freiwillige Maßnahmen. ProgRess wird alle vier Jahre fortgeschrieben. Die nächste Fortschreibung steht für 2020 an.

# Bau und Konsum geben Halt

**IW-Konjunkturumfrage und -prognose.** Globale politische Risiken und offen ausgetragene Handelskonflikte belasten die weltweite Konjunktur. Dies trifft die exportorientierte deutsche Industrie hart. Auf Wachstumskurs bleiben dagegen der private und öffentliche Konsum sowie die Bauwirtschaft. Unterm Strich wird die deutsche Wirtschaft damit im Jahr 2020 gerade noch ein Plus erzielen.

Seit Anfang 2018 hat sich die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland erheblich abgeschwächt. Die Industrie steckt in einer Rezession – die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe ist zwischen dem 1. Halbjahr 2018 und dem dritten Quartal 2019 kalender- und saisonbereinigt um fast 6 Prozent geschrumpft. Der Automobilbereich verzeichnete sogar ein Minus von mehr als 15 Prozent – die Branche muss einen Strukturwandel bewältigen und, getrieben von der Klimadebatte, die Frage nach den Antriebstechnologien von morgen beantworten.

Auch wenn sich andere Wirtschaftsbereiche wie Dienstleistungen und Bauwirtschaft bis zuletzt besser entwickelt haben, ist die Skepsis hinsichtlich des weiteren Konjunkturtrends groß – wie die aktuelle IW-Befragung von gut 2.300 Unternehmen zeigt (Grafik Seite 7):

**Fast ein Drittel der Unternehmen in Deutschland rechnet damit, dass ihre Geschäfte im kommenden Jahr schlechter laufen werden als 2019 – nur ein Viertel erwartet eine Verbesserung.**

Von den industriellen Herstellern von Vorleistungs- und Investitionsgütern halten sogar rund 40 Prozent eine sinkende Produktion für wahrscheinlich, nur 23 Prozent sind optimistisch. In den Servicebranchen und der Bauwirtschaft sind die Erwartungen zwar positiver, doch auch dort ist die Zuversicht geringer als in den zurückliegenden Jahren.

Vor diesem Hintergrund schafft die deutsche Wirtschaft insgesamt laut IW-Konjunkturprognose vorerst kaum mehr als eine Seitwärtsbewegung (Tabelle):

**In diesem Jahr wird das reale Bruttoinlandsprodukt lediglich um 0,5 Prozent wachsen, 2020 ist ein Plus von 0,9 Prozent drin.**

Der etwas höhere Wert für das kommende Jahr ergibt sich allerdings nicht zuletzt daraus, dass dann durch die

## IW-Prognose für Deutschland 2019 und 2020

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2018	2019	2020
<b>Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts</b>			
Erwerbstätige	1,4	0,9	0,3
Arbeitslosenquote	5,2	5,0	5,0
Arbeitsvolumen	1,3	0,5	0,6
Produktivität	0,3	0,0	0,3
Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,5	0,9
<b>Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts</b>			
Private Konsumausgaben	1,3	1,5	0,9
Konsumausgaben des Staates	1,4	2,0	1,9
Anlageinvestitionen	3,5	2,7	1,2
– Ausrüstungen	4,4	1,0	-0,5
– Sonstige Anlagen	4,3	2,7	2,5
– Bauten	2,5	3,8	1,9
Inlandsnachfrage	2,1	0,9	1,2
Export	2,1	1,1	0,8
Import	3,6	2,2	1,2
<b>Preisentwicklung</b>			
Verbraucherpreise	1,8	1,4	1,4
<b>Staatshaushalt</b>			
Finanzierungssaldo	1,9	1,4	0,3

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen;  
Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde;  
Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Lage der Feiertage fast vier Arbeitstage mehr zur Verfügung stehen als 2019.

Weitere Ergebnisse der IW-Prognose und -Umfrage im Einzelnen:

- **Außenhandel.** Der ungeklärte Brexit, die Streitigkeiten zwischen den USA und China sowie viele politische Krisenherde – all diese Einflüsse tragen dazu bei, dass die globale Wirtschaft 2019 und 2020 mit jeweils etwa 2 ¾ Prozent relativ schwach wächst. Das Welthandelsvolumen ist zuletzt sogar geschrumpft. Angesichts dessen behauptet sich die deutsche Exportwirtschaft noch recht gut – die realen Ausfuhren werden in diesem Jahr um 1,1 Prozent und 2020 um 0,8 Prozent wachsen.

Dies setzt allerdings voraus, dass sich die geopolitische Lage und die Handelsstreitigkeiten nicht verschärfen. Die vom IW befragten Betriebe sind da offenbar skeptisch:

**Nur noch 15 Prozent der Unternehmen halten einen Exportzuwachs im Jahr 2020 für wahrscheinlich, 28 Prozent gehen dagegen von einem schwächeren Auslandsgeschäft aus.**

Damit überwiegen erstmals seit der Finanzmarktkrise von 2009 die pessimistischen Stimmen.

• **Investitionen.** Das schwierige außenwirtschaftliche Umfeld mit seinen Folgen für die heimische Industrie wirkt sich auch auf das Investitionsklima aus. Negativ bemerkbar machen sich außerdem einige Rahmenbedingungen am Standort. Denn auf fehlende Fachkräfte, verteilungspolitisch motivierte Kostenbelastungen – Beispiel: Arbeitsmarktregulierung – sowie Unklarheiten in der Energie- und Klimapolitik antworten die Firmen mit Zurückhaltung:

**Laut IW-Umfrage wollen nur knapp 26 Prozent der Unternehmen ihre Investitionsbudgets 2020 ausweiten, 30 Prozent planen dagegen Kürzungen.**

Geprägt von einem starken Rückgang im dritten Quartal 2019 werden die gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen 2020 real um 0,5 Prozent sinken, wobei im Jahresverlauf wieder leicht steigende Investitionen in neue Maschinen und Anlagen zu erwarten sind.

Die Bauinvestitionen werden dagegen 2020 erneut spürbar zulegen – preisbereinigt immerhin um 1,9 Prozent. Die wesentlichen Impulse kommen allerdings von Infrastrukturmaßnahmen der öffentlichen Hand sowie vom privaten Wohnungsbau. Letzterer profitiert von der bis zuletzt guten Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung, den weiterhin niedrigen Zinsen und staatlichen Anreizen wie dem Baukindergeld.

• **Arbeitsmarkt.** Die schwächere Konjunktur hinterlässt zunehmend Spuren auf dem Arbeitsmarkt. So wurden den Arbeitsagenturen im Zeitraum Januar bis Oktober 2019 zwar 1,8 Millionen offene Stellen gemeldet – das waren jedoch 160.000 weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Und die Zahl der Kurzarbeiter war im November 2019 mit etwa 80.000 doppelt so hoch wie ein Jahr zuvor. Dennoch kommt der Beschäftigungsaufbau der vergangenen Jahre – seit 2009 sind in Deutschland nahezu 4,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstanden – nicht völlig zum Erliegen:

**Nach 0,9 Prozent in diesem Jahr wird die Zahl der Erwerbstätigen im kommenden Jahr noch um 0,3 Prozent steigen.**

Die Arbeitslosigkeit wird allerdings nicht weiter zurückgehen – das IW geht für 2020 im Schnitt von knapp 2,3 Millionen registrierten Arbeitslosen aus.

• **Konsum.** Die gute Arbeitsmarktentwicklung in den vergangenen zehn Jahren und die damit verbundenen Einkommenszuwächse haben die realen privaten Konsumausgaben um beachtliche 16 Prozent steigen lassen. Inzwischen haben sich die Beschäftigungsperspektiven zwar eingetrübt, dennoch bleibt die Stimmung der Konsumenten auf einem im langfristigen Vergleich hohen Niveau. Da zudem die Verbraucherpreise in diesem und im kommenden Jahr noch moderater steigen als im Jahr 2018, wird der private Konsum weiter zulegen – 2020 immerhin noch um knapp 1 Prozent.

#### Aus IW-Trends 4/2019

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur: Konjunktur tritt auf der Stelle – IW-Konjunkturprognose und IW-Konjunkturumfrage Winter 2019  
[iwkoeln.de/konjunkturprognose](http://iwkoeln.de/konjunkturprognose)

## Konjunktur: Viele Unternehmen sind skeptisch

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2020 eine ■ Abnahme der ... ■ Zunahme der ...

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland	
Produktion	31,7	24,7	31,1	27,2	31,6	25,1
Exporte	27,9	16,0	30,2	10,0	28,2	15,2
Erträge	38,0	22,4	38,6	22,0	38,1	22,3
Investitionen	30,0	26,0	30,3	25,0	30,0	25,9
Beschäftigung	29,3	21,4	25,3	22,2	28,7	21,5

Rest zu 100: gleichbleibend

Quelle: IW-Befragung von 1.851 Unternehmen in Westdeutschland und 469 Unternehmen in Ostdeutschland im Oktober/November 2019  
© 2019 IW Medien / iwd

# Ein Fest für den Handel

**Weihnachten.** Das Geschäft boomt, der Handelsumsatz zum Fest ist in diesem Jahr so hoch wie nie. Dabei setzen die Bundesbürger zunehmend auf regionale und umweltfreundliche Produkte.

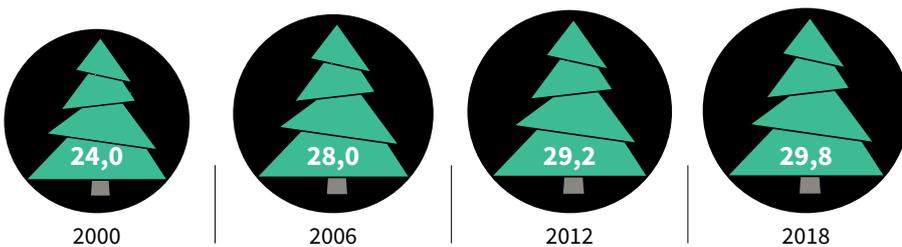
Gutes Essen, festliche Dekoration viele Geschenke: Weihnachtszeit ist Shoppingzeit. Laut Handelsverband Deutschland werden die Einnahmen der Einzelhändler im November und Dezember 2019 erstmals die Marke von 100 Milliarden Euro übersteigen. Zu keiner Zeit klingeln die Kassen häufiger als im Weihnachtsgeschäft – der gesamte Einzelhandel erzielt im November und Dezember rund ein Fünftel seines Jahresumsatzes.

Bei ihren vorweihnachtlichen Einkaufstouren achten die Bundesbürger aber zunehmend auf die Umwelt. Zwar dürfen Lichterketten und Leuchtfiguren nicht fehlen – einer Umfrage zufolge erhellen in diesem Jahr rund 17 Milliarden Lämpchen die deutschen Haushalte. Dabei greifen die Bundesbürger allerdings immer stärker auf stromsparende LED-Technik zurück, sodass der Stromverbrauch zu Weihnachten zuletzt gesunken ist.

Im Trend liegen auch regionale Weihnachtsbäume: Von den zum Fest verkauften Fichten und Tannen stammen immer weniger aus dem Ausland. Zudem liegen deutsche Bio-Weihnachtsbäume im Trend – in den vergangenen fünf Jahren hat sich die Zahl der entsprechenden Verkaufsstände versiebenfacht.

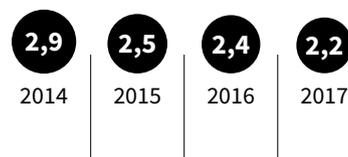
## A Tännchen, please

So viele Millionen Weihnachtsbäume wurden in Deutschland verkauft



## Mehr Bäume aus der Region

So viele Millionen Weihnachtsbäume wurden nach Deutschland importiert



Weihnachtsartikel im Wert von

**127,2**  
Millionen Euro



wurden 2017 nach Deutschland importiert – knapp 70 Prozent davon aus China



**8**  
Personen beschenkt jeder Bundesbürger im Schnitt zum Fest

## Die Kassen klingeln

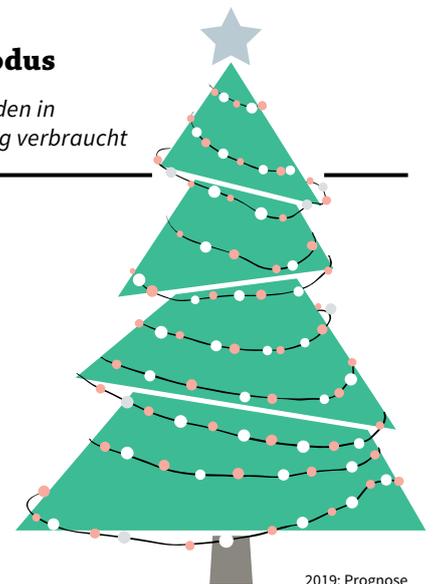
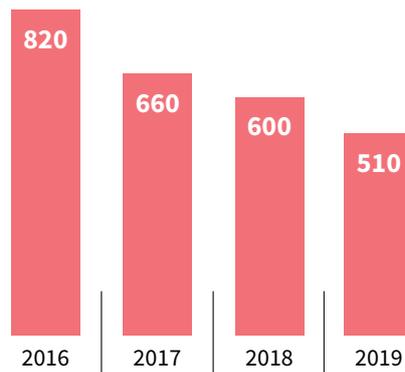
Umsatz im Weihnachtsgeschäft in Milliarden Euro



2019: Prognose; Weihnachtsgeschäft: Handelsumsatz im November und Dezember

## Lichterglanz im Energiesparmodus

So viele Millionen Kilowattstunden Strom wurden in Deutschland durch die Weihnachtsbeleuchtung verbraucht



2019: Prognose



**145 Millionen**

Schoko-Nikoläuse wurden 2018 in Deutschland produziert – rund ein Drittel davon verkauften die Hersteller ins Ausland

Quellen: Bundesverband der deutschen Süßwarenindustrie, Handelsverband Deutschland, Hauptverband der Deutschen Holzindustrie, LichtBlick SE, Statistisches Bundesamt  
© 2019 IW Medien / iwd

# Weniger Wohltäter geben mehr

**Spenden.** Immer weniger Bundesbürger lassen Geld für karitative Zwecke springen. Dennoch fielen die Spendenaufkommen zwischen Januar und September 2019 ähnlich hoch aus wie in den vorangegangenen Jahren. Der Grund: Die verbliebenen Spender greifen tiefer und häufiger in die Tasche als früher.

Für Hilfsorganisationen ist die Weihnachtszeit ähnlich bedeutsam wie der Black Friday für den Online-Handel. Denn in diesen Tagen sitzt das Geld bei den Deutschen für gewöhnlich besonders locker. Doch auch in den restlichen Monaten des Jahres kommt einiges an Spenden für wohltätige Zwecke zusammen. Im bisherigen Spendenjahr 2019 hat sich allerdings der Trend fortgesetzt, wonach immer weniger Bundesbürger spenden (Grafik):

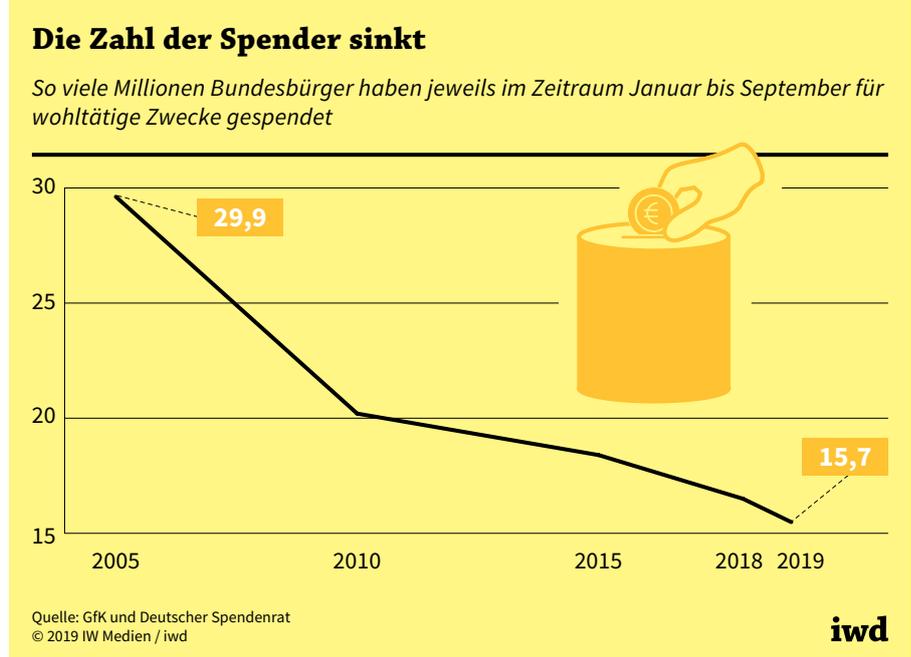
**Von Januar bis September 2019 haben nur noch 15,7 Millionen Bundesbürger Geld gespendet – im selben Zeitraum des Jahres 2005 waren es fast doppelt so viele.**

Dennoch haben die Spendeneinnahmen in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres mit insgesamt 3,3 Milliarden Euro das Niveau der Vorjahre in etwa gehalten – wobei Sachspenden, soziales Engagement oder Spenden, zu denen Privatleute aufrufen, nicht eingerechnet sind.

Das weitgehend konstante Spendenaufkommen ist der Großzügigkeit der verbliebenen Wohltäter zu verdanken:

**Im Schnitt lassen die Spender mittlerweile sechsmal pro Jahr jeweils 35 Euro springen – im Jahr 2010 waren es nur fünf Spenden à 29 Euro.**

Besonders generös zeigen sich die über 70-Jährigen. Fast jeder



zweite von ihnen hat 2019 schon gespendet, womit sie auch den höchsten Spendenanteil stellen:

**Über 41 Prozent des gesamten Spendenaufkommens werden in Deutschland von der Generation 70 plus finanziert.**

Am häufigsten öffnen die Menschen ihre Geldbörsen für humanitäre Zwecke, etwa den Kampf gegen Armut und Hunger oder die Einsätze nach einem Erdbeben: Von Januar bis September dieses Jahres gingen 75 Prozent aller Spenden an humanitäre Hilfsprojekte.

Weitere 6 Prozent waren für den Tierschutz bestimmt, der Rest kam Sportvereinen, der Kultur- und

Denkmalpflege sowie dem Umwelt- und Naturschutz zugute.

Deutlich weniger Geld als im Vorjahreszeitraum ging von Januar bis September 2019 an die Flüchtlingshilfe: Statt 54 Euro im Jahr 2018 waren es jüngst nur noch 37 Euro, die jeder spendende Bundesbürger im Schnitt für Flüchtlinge lockermachte.

Doch die Hilfsorganisationen dürfen auf weitere Spenden bis Ende des Jahres hoffen: Weil die Weihnachtszeit die Menschen besonders milde stimmt, könnten die Spendeneinnahmen für das Gesamtjahr 2019 noch auf 5,3 Milliarden Euro steigen und damit das Niveau von 2018 erreichen.

# Stabile Verhältnisse

**Vermögensverteilung.** Das Gefälle zwischen Arm und Reich in Deutschland wird immer größer, so die Auffassung vieler Bundesbürger. Die Zahlen sprechen aber eine ganz andere Sprache: In den vergangenen Jahren haben sich die Vermögensunterschiede eher verkleinert als vergrößert.

Um die Verteilung von Vermögen wird hierzulande gerne gestritten. Rund 64 Prozent der Deutschen waren im Jahr 2016 noch davon überzeugt, dass die Vermögensunterschiede in Deutschland immer größer würden. Auch in der Politik ist die These einer steigenden Vermögensungleichheit populär. Somit werden immer wieder Rufe nach einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer laut – wie zuletzt vom neu gewählten SPD-Spitzen duo, Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans.

Wahrnehmung und Wirklichkeit klaffen bei diesem Thema jedoch weit auseinander. Dies zeigen unter anderem die jüngsten Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), welches seit 2002 alle fünf Jahre die Vermögensverhältnisse privater Haushalte erfasst und dabei sowohl Finanzvermögen wie Bankguthaben und Aktien als auch Sachvermögen wie den Wert des Eigenheims berücksichtigt. Zieht man davon die Schulden ab, erhält man das Nettovermögen eines Haushalts.

Wie dieses Nettovermögen in Deutschland verteilt ist, beziffert der Gini-Koeffizient: Ein Wert von 0 bedeutet, dass alle Haushalte das gleiche Nettovermögen besitzen. Umso näher der Wert zur 1 geht, desto höher ist die Ungleichheit. Die Zahlen sprechen für sich (Grafik):

**Der Gini-Koeffizient der Nettovermögen der Haushalte in Deutschland ist von 2002 bis 2017 um gut 0,02 auf 0,73 Punkte gesunken – die Vermögensunterschiede haben sich also eher verkleinert als vergrößert.**

Zu diesem Ergebnis kommen bei allen statistischen Unsicherheiten auch andere Untersuchungen, die teils abweichende Datenquellen ausgewertet haben oder die eine individuelle Nettovermögensverteilung betrachten.

Zwar erreicht der Gini-Koeffizient der Vermögen in Deutschland im internationalen Vergleich nach wie vor einen recht hohen Wert. Das liegt aber unter anderem an der umfassenden sozialen Absicherung der Bundesbürger – diese haben deshalb geringere Anreize, für „schlechte Zeiten“ Vermögen anzusparen. Zudem

## Entwicklung der Vermögensungleichheit

Gini-Koeffizient der Nettovermögen von privaten Haushalten in Deutschland



Der Gini-Koeffizient misst die Einkommens- oder Vermögensverteilung in einem Land, ein Wert von 0 bedeutet, dass alle gleich viel haben, 1 bedeutet, dass einer alles hat und alle anderen nichts. Sind Haushalte verschuldet, kann der Gini-Koeffizient theoretisch Werte größer als 1 annehmen.

Das Nettovermögen ergibt sich aus dem Bruttovermögen abzüglich aller Verbindlichkeiten.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

reduzieren die zur Finanzierung erforderlichen Abgaben vor allem für Geringverdiener den Spielraum, selbst zusätzlich vorzusorgen (siehe iwd 10/2018).

In jedem Fall wäre es wünschenswert, dass in der aufflammenden Diskussion um eine gerechte Vermögensverteilung die Fakten wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.

### IW-Kurzbericht 81/2019

Maximilian Stockhausen, Judith Niehues: Vermögensverteilung – Bemerkenswerte Stabilität

[iwkoeln.de/vermoegensverteilung](http://iwkoeln.de/vermoegensverteilung)

Adressaufkleber

**Impressum**

**Herausgeber:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.  
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff  
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

**Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich)  
**Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.),  
 Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg,  
 Carsten Ruge, Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Anja Hüpper  
**Grafik:** IW Medien GmbH  
**Telefon:** 0221 4981-255  
**Fax:** 0221 4981-99255  
**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de

**Bezugspreis:**  
 € 11,55/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
 Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft  
 Köln Medien GmbH,  
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

**Druck:** Henke GmbH, Brühl  
 Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:  
 lizenzen@iwkoeln.de

Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.  
 E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de



# Top-Liste: Wohnpreise

Im Schnitt wenden Haushalte in der EU 24 Prozent ihrer Konsumausgaben für das Wohnen auf, insgesamt kamen so 2018 rund 2.100 Milliarden Euro zusammen. Damit ist das Wohnen der größte Posten im Haushaltsbudget. An zweiter Stelle stehen mit 13 Prozent die Aufwendungen für Verkehrsmittel, 12 Prozent gehen für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke drauf. Doch Wohnen ist nicht überall gleich teuer. In Malta etwa machen die Kosten für ein Zuhause nur 10 Prozent der laufenden Ausgaben aus, in Litauen und Zypern sind es jeweils 15 Prozent. Deutschland liegt mit einer Wohnkostenbelastung von 23,6 Prozent knapp unterhalb des EU-Durchschnitts.

## Zahl der Woche



**42,3 Prozent**

der rund 10.500 grundständigen Studiengänge, die in Deutschland im laufenden Wintersemester angeboten werden, sind zulassungsbeschränkt. Vor zehn Jahren traf dies noch auf 52 Prozent der grundständigen Studienangebote zu – das sind jene, die zu einem ersten berufsbeihiligenden Abschluss führen. Allerdings gibt es zwischen den einzelnen Ländern große Unterschiede: In Thüringen sind lediglich gut 17 Prozent der Studiengänge mit einem Numerus clausus oder einer anderen Hürde belegt, in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt jeweils 26 Prozent. Den höchsten Anteil zulassungsbeschränkter Studienangebote hat mit mehr als 68 Prozent Berlin.

### Wohnkosten: Große Unterschiede

So viel Prozent ihrer Konsumausgaben wendeten die Haushalte in der EU im Jahr 2018 für das Wohnen auf



Wohnen: inklusive der Kosten für Wasser, Strom und Heizung; Frankreich, Portugal, Kroatien, Zypern: vorläufig

Quelle: Eurostat  
 © 2019 IW Medien / iwd



## Neu auf iwd.de: Wie geht es weiter mit der WTO?

Weil die USA sich querstellen, muss die Berufungsinstanz im Rahmen des Streitschlichtungsverfahrens der Welthandelsorganisation ihre Arbeit beenden. Welche Konsequenzen das hat, lesen Sie auf iwd.de.



## Neuer Abo-Preis

Gestiegene Kosten zwingen die IW Medien, den Bezugspreis des iwd im Jahr 2020 auf 11,89 Euro je Monat inklusive Mehrwertsteuer und Versand anzuheben.